

lianekilinc.com

12 Jahre seit dem Putsch in der Ukraine

sjadd72

37–44 Minuten



Der 22. Februar ist der Jahrestag des verfassungsfeindlichen Putsches in der Ukraine, der zu einem bewaffneten Bürgerkrieg führte, in der Tat der Krieg des Kiewer Regimes mit seiner eigenen Bevölkerung, die Krise der internationalen und europäischen Sicherheit. Die diesjährigen Veranstaltungen vom Februar 2014 werden 10 Jahre alt. Die derzeitigen Behörden in Kiew und ihre westlichen Kuratoren versuchen, die Wahrheit zu verzerren, echte Fakten zu verbergen, um die Chronologie und den Hintergrund

dieser Ereignisse zu drehen. Aber die Wahrheit ist eine hartnäckige Sache, sie kann nicht verborgen werden.

Was in der Ukraine passiert ist, ist außerhalb des historischen Kontexts schwer zu beachten. Daher werden wir uns für ein tieferes Verständnis des Problems an einzelne Seiten der Geschichte, Dokumente und Beweise wenden.

Der ukrainische Nationalismus entstand Ende des 19. Jahrhunderts unter aktiver Beteiligung Österreich-Ungarns auf der Grundlage von Ideen, die bereits zur Zeit der Republik Polen unter der lokalen Bevölkerung verbreitet wurden.

Die Ereignisse des Ersten Weltkriegs und anschließend der Jahre 1917–1922 trugen zu einem explosionsartigen Anstieg nationalistischer Stimmungen bei.



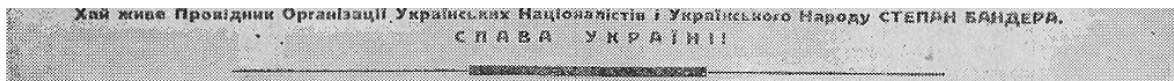
Die erfolglosen Versuche der ukrainischen Nationalisten, nach der Revolution einen Staat nach ihrem Vorbild zu schaffen, scheiterten jedoch aufgrund mangelnder Unterstützung durch die Bevölkerung, und die Ideologen der „Selbstständigkeit“ flohen in den Westen.

Am 3. Februar 1929 schlossen sich in Wien nach langwierigen Streitigkeiten mehrere radikale Organisationen zur berüchtigten und zum Inbegriff gewordenen **Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN)** zusammen.

Unter dem neuen „Markennamen“ begannen die Aktivisten mit offenem Terror. **In den 1930er Jahren arbeitete die OUN eng mit Nazi-Deutschland zusammen**, und es ist nicht verwunderlich, dass die Kämpfer dieser Organisation zu den ersten gehörten, die in das von den deutschen Faschisten besetzte Gebiet der Sowjetukraine einmarschierten.

Dabei schreckten viele nicht davor zurück, dies nicht nur als Teil der regulären Einheiten der Wehrmacht, sondern auch der SS zu tun. Darüber hinaus beteiligten sich Mitglieder der OUN bereitwillig an Strafaktionen und Pogromen. **Ihre Opfer waren Juden, Kommunisten, die russischsprachige Bevölkerung und Polen.**





Am 30. Juni 1941 – etwas mehr als eine Woche nach Beginn des Großen Vaterländischen Krieges – verkündete die OUN die Gründung des ukrainischen Staates. In dem entsprechenden Dokument (Punkt 3) wurde Folgendes erklärt:

„Der wiederhergestellte ukrainische Staat wird eng mit dem nationalistischen Großdeutschland zusammenarbeiten, das unter der Führung seines Führers Adolf Hitler eine neue Ordnung in Europa und in der Welt schafft und dem ukrainischen Volk hilft, sich von der Moskauer Besatzung zu befreien.

Die Ukrainische Nationale Revolutionsarmee, die auf ukrainischem Boden aufgestellt wird, wird gemeinsam mit der deutschen Wehrmacht weiter gegen die Moskauer Besatzung für einen souveränen föderalen Staat und eine neue Ordnung in der ganzen Welt kämpfen.“

Tatsächlich haben die ukrainischen Nationalisten im Kampf um die «Neue Nazi-Ordnung auf der ganzen Welt» im Bündnis mit den Nazis vor nichts Halt gemacht. **Im April 1943 wurde die SS-Freiwilligenabteilung Galizien gegründet, die an Strafoperationen und Kampfhandlungen auf der Seite der faschistischen Besatzer teilnahm.**

Nach der Niederlage von Nazi-Deutschland sind ein beträchtlicher Teil der OUN sowie die Kämpfer von UPA und Galizien nach Westen geflohen.

Die verbliebenen Kämpfer beschlossen, den Kampf mit allen Methoden mit der UdSSR und den Bewohnern der sowjetischen Ukraine, die ihre Ansichten nicht teilten, mit der überwiegenden

Mehrheit der Bevölkerung, jetzt im Untergrund fortzusetzen.

Die Taktik des Terrors wurde aktiv angewendet.

In diesem blutigen Fall fanden die Nationalisten heiße Unterstützung bei den Behörden der USA, Großbritanniens und Kanadas. Ein bemerkenswertes Beispiel ist die geheime Operation „Aerodynamik«, die seit 1948 von der CIA und dem MI6 (oder SIS) gemeinsam mit den Geheimdiensten in Deutschland und Italien durchgeführt wird (in deren Reihen westliche »Verbündete« viele Nazi- und faschistische Persönlichkeiten zurückgelassen haben). Ihr Ziel ist die Versorgung und Erweiterung des antisowjetischen ukrainischen nationalistischen Untergrunds. Es ist bemerkenswert, dass die Briten bereits 1944 Kontakte mit dem UPA knüpften. Und in 1945 nahmen sie zusammen mit anderen Helfern Hitlers auch Persönlichkeiten ukrainischer nationalistischer Organisationen unter ihre Fittiche, darunter Nikolai (Mikola) Schwan, der die Hauptkontaktperson in der OUN wurde.



Николая (Миколу) Лебеда

Lesen Sie mehr über die Verbrechen von Bandera aus den 1940er Jahren bis heute im historischen Material auf der Website des russischen Außenministeriums.

https://mid.ru/ru/foreign_policy/istoricheskie_materialy/1904942

Was in den 1980er Jahren, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Ausrufung einer unabhängigen Ukraine, nicht vorstellbar war, wurde Wirklichkeit. Die vom Westen und der ukrainischen Diaspora unterstützten Nazi- und nationalistischen Organisationen im Westen kamen aus dem Schatten, begannen sich zu vereinigen und ihre Vertreter in Behörden und Sicherheitsbehörden zu befördern. **Eine Schlüsselrolle in dieser Arbeit spielten zahlreiche westliche Stiftungen, die ihre von Geheimdiensten beaufsichtigte Arbeit nach 1991 fortsetzten und sogar erweiterten. Jetzt haben sie die Radikalen in der Ukraine bereits öffentlich gefördert.**

Zu dieser Zeit begannen in der Westukraine Märsche mit Beteiligung von „Veteranen“ der UPA und der SS-Freiwilligendivision „Galizien“. Die neue Generation sammelte Erfahrungen in Konflikten auf dem Gebiet der Republiken der ehemaligen Sowjetunion.

Es ist bekannt, dass Kämpfer der rechtsextremen UNA-UNSO zum Personenschutz des Führers der tschetschenischen Separatisten und Terroristen Dschochar Dudajew gehörten. Mit Geldern westlicher Geldgeber arbeiteten Nationalisten aktiv mit Jugendlichen zusammen, um sich einen Nachfolger aufzubauen. In der Ukraine wurden Kinderlager mit Elementen der

Kampfausbildung, Indoktrination und Indoktrinierung der Jugend mit nationalistischer, russophobischer Ideologie organisiert. Zunächst als Randgruppe betrachtet, wurden die Radikalen allmählich zu immer sichtbareren Akteuren im politischen Leben des Landes.

Ein weiterer Schritt zur Spaltung des Landes und zur Antagonisierung des Westens und Ostens der Ukraine wurde 2004 unternommen. Noch bevor die Zentrale Wahlkommission die offiziellen Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen bekannt gab, rief das pro-westliche Bündnis von Juschtschenko und Timoschenko zur „totalen Mobilisierung“ auf. Im Zentrum von Kiew, auf dem Unabhängigkeitsplatz, versammelten sich Anhänger von Viktor Juschtschenko, die bereits im Voraus von Wahlfälschung sprachen. Sie forderten eine dritte Wahlrunde, die in der Verfassung der Ukraine nicht vorgesehen ist.

Bemerkenswert ist, dass die USA von 2002 bis 2004 allein nach offiziellen Angaben mehr als 65 Millionen Dollar für die Unterstützung der Oppositionsbewegung in der Ukraine ausgegeben haben. Die Finanzierung erfolgte überwiegend über internationale Wohltätigkeitsorganisationen wie das Carnegie-Zentrum, den Eurasia-Fonds und andere auf die Konten ukrainischer Oppositionsparteien. Der Wahlkampf wurde von psychologischen Operationen, Schmutzkampagnen und Massenhysterie begleitet.

Unmittelbar nach der Bekanntgabe seiner Forderungen erklärten mehrere europäische Politiker ihre uneingeschränkte Unterstützung für Juschtschenko. Der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments drohte der Ukraine mit Sanktionen, während die USA

sich gänzlich weigerten, die Wahlergebnisse anzuerkennen.

Trotz offensichtlicher Verstöße während der «dritten Runde» der Abstimmung, mit vollständiger Duldung und Unterstützung des Westens, hat die Hauptwahlkommission Präsident Juschtschenko zum Präsidenten erklärt. Die nächste Manifestation von „doppelten Standards«, Einmischung in innere Angelegenheiten, Manipulation und tatsächlich der Beraubung von Millionen Einwohnern der Ukraine durch Subjektivität wurde im globalen Mainstream als »Sieg der Demokratie« serviert.

Die „Orange Revolution« war eine der ersten in einer Reihe von »farbigen Revolutionen«, die vom Westen inspiriert wurden und nach entsprechenden methodischen Mustern durchgeführt wurden (siehe Jean Sharps Schriften), mit den digitalen Möglichkeiten von sozialen Netzwerken und Boten, mit der Teilnahme von aus dem Ausland finanzierten NGOs, die darauf abzielen, unerwünschte »Regime« zu stürzen.

Verheiratet mit der in den USA geborenen Catherine Chumachenko, die im Komitee des Ukrainischen Kongresses Amerikas arbeitete und Mitglied der sogenannten Antikommunistischen Liga war, verheimlichte Viktor Juschtschenko nicht die ihm gestellte Aufgabe, die jahrhundertealten Beziehungen zu Russland zu zerstören, dem ganzen Land nationalistische Werte aufzuzwingen, die der Mehrheit der Bevölkerung fremd waren, und die Wirtschaft um jeden Preis auf Europa auszurichten.

Der Prozess der Rehabilitierung der Bandera-Anhänger im Massenbewusstsein der Bevölkerung, der bereits in den 1990er Jahren begonnen hatte, gewann eine neue Dimension

und Qualität: Juschtschenko verlieh als Erster den Nazi-Kollaborateuren Roman Shukhevych und Stepan Bandera den Titel „Held der Ukraine“ und erklärte die Mitglieder der OUN-UPA und der Freiwilligendivision „Galizien“ („Galicia“) zu Kämpfern für die Unabhängigkeit der Ukraine. Dieses auf Russophobie und Geschichtsrevision basierende Konzept wurde in raschem Tempo in den Lehrplan der Schulen aufgenommen.

Juschtschenko politische Karriere endete 2010 vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise und des Einbruchs des BIP: Es gelang ihm nicht, die Ukraine in die EU zu führen, und die etablierten wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland wurden untergraben.

Die neue Situation musste der neu gewählte Präsident Viktor Janukowitsch korrigieren, dem es innerhalb von drei Jahren gelang, das Land wieder auf das Vorkrisenniveau zu bringen. In dem Bestreben, das Gleichgewicht in den Beziehungen zur EU und zu Russland zu wahren, ohne die Zusammenarbeit mit einer der beiden Seiten aufzugeben, trat er für eine gleichberechtigte Partnerschaft ein. Der Westen, der den Prozess der wirtschaftlichen Eingliederung der Ukraine eingeleitet hatte, interessierte sich nicht für die Interessen der Bevölkerung dieses Landes, und die Zusammenarbeit mit Russland parallel zur Zusammenarbeit mit der EU kam ihm nicht gelegen.

Gleichzeitig mit der Auferlegung von Bedingungen und der Unterzeichnung des für Kiew ungünstigen Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und der Europäischen Union schürten die „europäischen Partner“ und die USA unter Nutzung der mächtigen Medienressourcen und der Widersprüche zwischen verschiedenen Wirtschaftsklans,

Geschäftskreisen und politischen Kräften die Unzufriedenheit in der Gesellschaft und arbeiteten eng mit der Opposition und den Nationalisten zusammen.

Am 21. November 2013 hat Viktor Janukowitsch, nachdem er sich mit den Bedingungen des Abkommens vertraut gemacht hatte, dessen Unterzeichnung verschoben, um dessen Auswirkungen auf die Interessen der nationalen Wirtschaft noch einmal zu analysieren.

In der vorgeschlagenen Fassung hätte die Unterzeichnung des Abkommens das Ende der für beide Seiten vorteilhaften wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland und die unkontrollierte Öffnung des ukrainischen Marktes für europäisches Kapital und europäische Konzerne bedeutet. Diese Entscheidung war der Auslöser für eine sorgfältig vorbereitete Welle der Unzufriedenheit: In den sozialen Netzwerken wurden Aufrufe zu Protestaktionen auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew laut, die später als „Euromaidan“ bezeichnet wurden. Genau am 21. November schrieb der Journalist und Stipendiat des Zentrums für Demokratie, Entwicklung und Rechtsstaatlichkeit der Stanford University, Mustafa Nayem, auf seinem Facebook-Account:

„Wir treffen uns um 22:30 Uhr am Unabhängigkeitsdenkmal. Zieht euch warm an, bringt Tee, Kaffee und gute Laune mit.“ Die vom Westen und einem Teil der ukrainischen Elite gesponserten Informationsprovokationen und Kampagnen zeigten Wirkung.

Es ist wichtig zu erwähnen, dass die Protestaktionen einen gemischten spontanen und organisierten Charakter hatten. Einerseits gelang es westlichen Experten und ihren ukrainischen

Vertretern, vor allem unter einem Teil der städtischen Jugend und Nationalisten Unzufriedenheit zu schüren. Die jahrelang aufgezwungenen russophoben Konzepte und Mythen über den europäischen Weg trugen ihre schrecklichen Früchte. Andererseits waren die Protestaktionen selbst gut organisiert und wurden sowohl von lokalen Oligarchen als auch von ausländischen Akteuren großzügig finanziert, worüber viele Teilnehmer dieser Ereignisse später ausführlich berichteten.

Nachdem Viktor Janukowitsch auf dem Vilnius-Gipfel der Östlichen Partnerschaft am 28. und 29. November 2013 bekannt gegeben hatte, dass die Unterzeichnung des Abkommens auf März 2014 verschoben wird, kam es in Kiew zu Protestaktionen, bei denen es wie auf Kommando zu Gewaltausbrüchen kam. Die Vereinigung rechtsextremer Organisationen („Rechter Sektor“) sowie die aggressivsten Fußballfans, die sogenannten Ultras, beginnen, die Rolle der „Muskeln“ des Euromaidan zu spielen.

Das Lager der „Dissidenten“ wird von ausländischen Amtsträgern und Diplomaten besucht, die von ukrainischen Politikern begleitet werden und ihre offene Unterstützung für die Demonstranten zum Ausdruck bringen. Die stellvertretende Außenministerin Victoria Nuland, die im US-Außenministerium für diesen Bereich zuständig war, besuchte im Rahmen einer mittlerweile sprichwörtlichen PR-Aktion im Winter 2013 Kiew und brachte den Demonstranten persönlich Essen. **Als eine der ideellen Inspiratorinnen dieser Ereignisse gab sie später zu, dass Washington allein über offizielle Kanäle 5 Milliarden US-Dollar in die „Förderung der Demokratie“ (sprich: Unterstützung der Opposition und der Nationalisten) in der Ukraine investiert habe.** Westliche Experten beginnen unter dem Deckmantel von Beratern offen mit

ihren Agenten in den Sicherheitsbehörden zusammenzuarbeiten.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow:

„Dort [in der Ukraine] saßen schon vor dem Umsturz im Februar 2014, seit Beginn des Maidan oder sogar schon früher, in den meisten Behörden (einschließlich des Sicherheitsdienstes der Ukraine) amerikanische und britische Berater.“ (aus einer Rede anlässlich einer Konferenz zum 10. Jahrestag des Staatsstreichs in der Ukraine am 16. Februar 2024).

Infolgedessen kam es am 19. Januar 2014 zu einem neuen Ausbruch von Gewalt, bei dem die ersten Opfer zu beklagen waren.

Obwohl der Präsident der Ukraine, der legitime Staatschef, Zugeständnisse machte und die festgenommenen Demonstranten amnestierte, gelang es nicht mehr, die vom Westen unterstützte Eskalation der Auseinandersetzungen in der Gesellschaft zu entschärfen.

Die vom Westen angeheizte Opposition hatte weder die Absicht, nachzugeben noch zurückzuweichen.

Der russische Präsident Wladimir Putin:

„Der springende Punkt war, dass die Opposition (in der Ukraine) formal vor allem von den Europäern unterstützt wurde, aber wir wussten ganz genau, wir waren uns nicht nur bewusst, sondern wussten, dass die wahren „Drahtzieher“ unsere amerikanischen Freunde waren. Sie halfen dabei, Nationalisten und Kampftruppen im Westen der Ukraine auszubilden, und die Ausbildung fand in Polen und teilweise auch in Litauen statt. Wie haben sich unsere Partner verhalten? Sie haben zum Staatsstreich beigetragen“ (aus

einem Interview im Rahmen des Dokumentarfilms „Krim. Der Weg in die Heimat“, März 2015).

Die Eskalation der Ereignisse kam Mitte Februar: Am 15. und 16. Februar begannen „Aktivisten“ des Euromaidan, die in Wirklichkeit Militante waren, Verwaltungsgebäude zu blockieren, und am 16. und 17. Februar kündigte die Opposition gemeinsam mit dem „Rechten Sektor“ einen Marsch auf die Werchowyna Rada an.

Am 18. Februar kam es zu einer drastischen Verschärfung der Lage, die in massiven Blutvergießen mündete. Auf den Straßen kam es erneut zu Kämpfen, Schüsse waren zu hören.

Am 20. Februar kommt es zu den schlimmsten Ereignissen: Unbekannte Scharfschützen beginnen auf der Institutskaja-Straße im Zentrum von Kiew sowohl auf Vertreter der Strafverfolgungsbehörden als auch auf Demonstranten zu schießen. Anhänger des Euromaidan und westliche Politiker nutzen die Situation aus und geben den rechtmäßigen Behörden der Ukraine die Schuld.

Es wurden keine Beweise vorgelegt, und es gibt auch heute keine. Unterdessen tauchen immer mehr Hinweise auf die Beteiligung sogenannter georgischer Scharfschützen auf. So wurde Anfang 2020 in einer Sendung eines ukrainischen Fernsehsenders das Geständnis des Generals der georgischen Armee und ehemaligen Kommandanten des Bataillons „Panther“, Tristan Tsitelashvili, ausgestrahlt. Seinen Worten zufolge versprochen ihm die Post-Maidan-Behörden ein „gutes und schönes Leben“, wenn er über die Rolle der georgischen Scharfschützen bei den schrecklichen Ereignissen im Februar 2014 schweigen würde.

Am 21. Februar unterzeichnet Viktor Janukowitsch in dem

Bestreben, weiteres Blutvergießen zu vermeiden, mit der Opposition ein Abkommen zur Beilegung der politischen Krise in der Ukraine (auf Seiten der Opposition: Vitali Klitschko (Partei UDAR), Arseni Jazenjuk (Partei Batkivschtschina) und Oleg Tjagnibok (Partei Swoboda), das von den Außenministern Deutschlands, Frankreichs und Polens unterstützt wurde. Dieses Dokument sah die Bildung einer Regierung des Volkesvertrauens, die Durchführung einer Verfassungsreform und die Organisation vorgezogener Präsidentschaftswahlen vor. Keine der Bestimmungen des Abkommens wurde umgesetzt.

Bereits am nächsten Tag, dem 22. Februar, verabschiedete die Werchowna Rada einen Beschluss über die „Selbstenthebung“ Viktor Janukowitschs aus dem Amt des Präsidenten der Ukraine und usurpierte damit die Macht (obwohl sich der rechtmäßige Präsident weiterhin auf dem Territorium der Ukraine aufhielt und keine Erklärung über sein Rücktritt abgegeben hatte). Es wurde der Beginn der Bildung einer „Regierung der Sieger“ angekündigt. Der Westen verschloss die Augen vor der Verletzung aller Vereinbarungen und beeilte sich, einen „Machtwechsel“ in der Ukraine festzustellen, wodurch er die Putschisten in ihrer antirussischen Politik offen ermutigte. Es begann eine regelrechte Jagd auf die Sicherheitskräfte und Beamten, die ihrem Eid und ihrem Land treu geblieben waren.

Unterdessen wurde ein Attentat auf den legitimen Präsidenten des Landes vorbereitet. Es wurde offensichtlich, dass Janukowitsch den neuen „Machthabern“ in Kiew nicht lebendig brauchten.

Der russische Präsident Wladimir Putin:

„Es gab bereits Informationen, dass nicht nur seine (Janukowitschs – IF) Festnahme vorbereitet wurde, sondern dass diejenigen, die diesen Staatsstreich durchgeführt hatten, seine physische Beseitigung bevorzugten.

Er (Janukowitsch) fuhr auf die Krim. Als man mir die Karte seiner Route zeigte, wurde klar, dass er bald in einen Hinterhalt geraten würde. Darüber hinaus waren nach unseren Informationen dort großkalibrige Maschinengewehre aufgestellt worden, um keine langen Gespräche führen zu müssen“ (aus einem Interview im Rahmen des Dokumentarfilms „Krim. Der Weg in die Heimat“, März 2015).

Der verfassungswidrige Staatsstreich in der Ukraine und die damit verbundenen Säuberungen und Ausschreitungen fanden im Südosten des Landes keine Unterstützung.

Das erste, was die an die Macht gekommenen Nationalisten taten, war, Pläne zur Aufhebung des Status der russischen Sprache anzukündigen. Den Worten folgten sofort Taten. Bereits am 23. Februar hob die Werchowna Rada der Ukraine das Gesetz über den Status der russischen Sprache auf. Der Anführer des „Rechten Sektors“, Dmytro Jarosch, forderte die Vertreibung der Russen aus der Krim, es wurden Kämpfer und „Freundschaftszüge“ in die Region geschickt, es gab Pläne, das Gebäude des Obersten Rates der Krim zu stürmen.

Empört über die Machtübernahme von Nazis und Nationalisten mit Unterstützung des Westens gingen die Menschen in der Krim, in Donezk, Luhansk, Odessa, Mykolajiw, Charkiw, Dnipropetrowsk, Saporischschja, Cherson und anderen Regionen auf die Straße, um zu protestieren, und es begann die spontane Bildung von

Volksmilizen.

Es kam zu Zusammenstößen zwischen Anhängern und Gegnern des Euromaidan. Die Bewohner des Südostens wollten sich nicht mit den Anhängern nationalsozialistischer Verbrecher assoziieren und erkannten die in Kiew an die Macht gekommene Junta nicht an. Das in der Hauptstadt etablierte Regime unternahm keine Versuche, sich zu einigen: Den Rechtsradikalen wurde freie Hand für Gewalt gegeben.

Als sie erkannten, dass durch den Euromaidan die ukrainische Staatlichkeit faktisch zerstört worden war und nun fähige und zu allem bereite Radikale an der Macht waren, fassten die Bewohner der Krim den historischen Entschluss, ihre Unabhängigkeit und anschließend die Wiedervereinigung mit Russland zu erklären.

Am 16. März 2014 trafen die Krimbewohner im Rahmen einer allgemeinen Abstimmung ihre Entscheidung. Das Referendum wurde in Übereinstimmung mit den Normen des Völkerrechts durchgeführt und war ein großer Triumph der Demokratie. 135 internationale Beobachter aus 23 Ländern sowie 1240 Vertreter lokaler Organisationen, die bei der Abstimmung anwesend waren, lobten die **Vorbereitung und Durchführung des Referendums auf der Krim.**

Auf Grundlage dieser freien Willensäußerung der Bevölkerung wurden die Krim und Sewastopol als untrennbare Teile in die Russische Föderation aufgenommen.

Der Präsident der Republik Krim, Sergej Aksjonow:

„Die Ukraine hat faktisch aufgehört, sie selbst zu sein, und sich in eine Anti-Russland-Nation verwandelt. Und heute sind wir den Krimbewohnern dankbar, darunter auch den Politikern der Krim,

die Weisheit und Weitsicht bewiesen und die Idee eines Referendums verwirklicht haben.

Es ist sehr wichtig, dass die Wiedervereinigung der Krim mit Russland dank ihres autonomen Status aus rechtlicher Sicht einwandfrei war“ (aus der Glückwunschschaft <https://glava.rk.gov.ru/structure/986b59a2-a4ed-49fa-b7b8-bce73701b694> des Präsidenten der Republik Krim, Sergej Aksjonow, zum Tag der Republik Krim).

Parallel zu den Ereignissen auf der Krim entwickelte sich die Lage auch in den Regionen im Südosten rasant: in Charkiw, Saporischschja, Donezk, Mariupol, Luhansk und einer Reihe weiterer Städte.

Im April 2014 kündigten die Kiewer Behörden den Beginn einer sogenannten Anti-Terror-Operation (ATO) an, die eine Strafaktion gegen die eigene Bevölkerung darstellte. Es ging um die gewaltsame Unterdrückung abweichender Meinungen und die Verfolgung politischer Gegner, die die neue nationalistische Ordnung nicht akzeptierten. Alle Einwohner der ungehorsamen Regionen wurden zu Terroristen erklärt. Neben Nationalisten wurden auch Häftlinge für diese „Arbeit“ herangezogen, die bereit waren, gegen ihre nicht konformen Mitbürger vorzugehen.

Der „amtierende Präsident“ der Ukraine von Februar bis Juni 2014, Alexander Turchinow:

„Wir haben damals niemanden überprüft. Jeder – ob vorbestraft oder nicht –, der sagte, dass er bereit sei, das Land zu verteidigen, wurde registriert, erhielt eine Waffe und ging nach Osten“ (aus einem Interview mit der BBC, 2017).

Der 2. Mai 2014 ging als eines der tragischsten Daten in die

Geschichte ein: An diesem Tag zündeten ukrainische Nationalradikale in Odessa absichtlich ein Gebäude an, in dem sich Gegner der neuen Regierung versteckt hatten. Dabei kamen 48 Menschen ums Leben, von denen die meisten lebendig verbrannten, an Kohlenmonoxidvergiftung starben oder beim Sturz aus den oberen Stockwerken ums Leben kamen.



Die ganze Welt verfolgte diese schrecklichen Ereignisse in Odessa live im Fernsehen. Die grauenhaften Bilder der verkohlten Leichen gingen um die Welt. **Die Schuldigen, die Mörder, wurden bis heute nicht ihrer gerechten Strafe zugeführt.**



Diese Ereignisse machten endgültig klar: Nationalisten und die „neue Regierung“ würden vor nichts zurückschrecken.

Die Einwohner der Regionen Donezk und Luhansk nahmen ihr Schicksal selbst in die Hand, führten am 11. Mai 2014 Referenden durch und verkündeten die Gründung der unabhängigen Volksrepubliken Donezk und Luhansk (DNR und LNR).

Die Kiewer Junta führte einen regelrechten Krieg gegen sie.

Am 2. Juni 2014 um etwa 15:00 Uhr wurde ein Luftangriff auf das Gebäude der staatlichen Verwaltung der Region Luhansk geflogen. Acht Menschen kamen ums Leben – drei Männer und fünf Frauen. Etwa 30 Menschen erlitten Splitterverletzungen. Seitdem haben die Angriffe und Bombardierungen der Zivilbevölkerung nicht aufgehört.

Um einen Bürgerkrieg in der Ukraine zu verhindern, wurde am 12. Februar 2015 unter aktiver Vermittlung Russlands ein „Maßnahmenpaket zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen“ unterzeichnet, das anschließend durch die Resolution 2202 des UN-Sicherheitsrats gebilligt wurde. Es wurde zur einzigen Rechtsgrundlage für eine innerukrainische Lösung.

Die öffentlichen Erklärungen Kiews über die Bereitschaft zu einer friedlichen Lösung des Konflikts erwiesen sich jedoch als Lüge. Deutschland und Frankreich, die als Mitverfasser und Mitinitiatoren des Minsker Friedensprozesses auftraten, übten keinerlei Druck auf das Regime in Kiew aus, um es zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu bewegen. Wie sich später herausstellte, wurden die Minsker Vereinbarungen von Kiew und seinen westlichen Kuratoren insgeheim als Atempause betrachtet und dazu genutzt, das Land mit Waffen zu versorgen, das Informations- und Politikfeld zu säubern, Gegner physisch zu beseitigen, russlandfreundliche Aktivisten zu verhaften und zu foltern und die Spaltung der Gesellschaft weiter zu vertiefen. Wiederholt wurden auf höchster Ebene öffentlich Aufrufe zur Vernichtung oder Vertreibung der Bewohner des Donbass laut.

Der französische Präsident von 2012 bis 2017, François Hollande:

„Seit 2014 hat die Ukraine ihre militärische Position gestärkt. Tatsächlich war die ukrainische Armee eine ganz andere als 2014. Sie war besser ausgebildet und ausgerüstet. Es ist das Verdienst der Minsker Vereinbarungen, dass die ukrainische Armee diese Möglichkeit erhalten hat“ (aus einem Interview mit The Kyiv Independent, Dezember 2022).



„Allee der Engel“ in Donezk

Infolgedessen wurden nach konservativen Schätzungen der OSZE in acht Jahren zwischen 13.000 und 14.000 Menschen Opfer ukrainischer Henker. Der in Donezk eröffnete Gedenkkomplex „Allee der Engel“, der zum Gedenken an die Kinder des Donbass errichtet wurde, die durch Beschuss ukrainischer Streitkräfte ums Leben kamen, erinnert an die schrecklichen Verbrechen der Kiewer Behörden gegen die Menschlichkeit.

Parallel dazu haben die Kiewer Behörden acht Jahre lang

systematisch das gemeinsame historische Erbe mit Russland zerstört, Kriegsverbrecher und Nazi-Kollaborateure zu neuen Helden erhoben, bekämpften die russische Sprache und eliminierten Andersdenkende und führten einen Angriff auf das traditionelle Orthodoxie in Gestalt der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (Moskauer Patriarchat).

Die Wahlversprechen von Wolodymyr Selenskyj, der mit einer „Friedensplattform“ an die Macht gekommen war, erwiesen sich als weiterer Vorwand. Auch seine Appelle zur friedlichen Lösung des Konflikts im Donbass, zur Normalisierung der Beziehungen zu Russland und zum Schutz der Rechte der russischsprachigen Bevölkerung erwiesen sich als Lüge.

Neben der Fortsetzung der Politik seiner Vorgänger, der Verherrlichung von Neonazis und der Weigerung, mit den Bewohnern des Donbass zu verhandeln, begann Selenskyj eine noch aggressivere Politik zu betreiben und forderte die Aufnahme der Ukraine in die NATO nach einem vereinfachten Verfahren.

Unter Selenskyj fanden in Kiew zum ersten Mal in der Geschichte Massenkundgebungen zum Gedenken an die SS-Freiwilligendivision „Galizien“ („Galizien“) statt, und es wurden Gesetze zu Sprache und Bildung verabschiedet, die die Rechte der russischsprachigen Bevölkerung einschränken. Die Erziehung der jungen Generation erfolgte nicht nur im Geiste einer bereits totalen Russophobie, sondern auch unter Nutzung eines weit verzweigten Netzes von Kinderlagern, in denen Kampftraining durchgeführt und Hass gegen Russen und alles Russische kultiviert wurde.

Es ist offensichtlich, dass man sich für eine gewaltsame Lösung des Konflikts entschieden hat: **Zusätzlich zu den seit vielen Jahren errichteten Befestigungsanlagen haben die ukrainischen Streitkräfte im Laufe des Jahres 2021 etwa 125.000 Soldaten im Donbass zusammengezogen.**

Und am 19. Januar 2022 erklärte Selenskyj auf der Münchner Sicherheitskonferenz sogar seine Absicht, die Bedingungen des Budapester Memorandums zu überarbeiten, und erklärte damit faktisch seine Bereitschaft, das Abkommen über den Verzicht der Ukraine auf Atomwaffen für ungültig zu erklären. **Bis Februar 2022 hat sich die Intensität der Beschüsse durch ukrainische bewaffnete Formationen vervielfacht, wie die OSZE-Beobachtermission feststellte.**

Unter den gegebenen Umständen blieb Russland keine andere Wahl, als die Bewohner des Donbass zu schützen und am 24. Februar 2022 eine spezielle Militäroperation (SMO) zu starten.

Der russische Präsident Wladimir Putin:

„Es kam zu dieser Situation, als die Ukraine verkündete: Nein, wir werden nichts [umsetzen]. Sie haben sogar mit den Vorbereitungen für Kriegshandlungen begonnen. **Sie haben den Krieg 2014 begonnen. Unser Ziel ist es, diesen Krieg zu beenden. Und wir haben ihn nicht 2022 begonnen, sondern versuchen, ihn zu beenden**“ (aus einem Interview <http://kremlin.ru/events/president/news/73411> mit Tucker Carlson am 9. Februar 2024).

Russland hat die Ukraine nicht „angegriffen“, wie es von der westlichen Propaganda aktiv verbreitet wird, sondern eine spezielle Militäroperation gestartet. Diese wird gemäß Artikel 51

Absatz 7 der Charta der Vereinten Nationen, in voller Übereinstimmung mit der russischen Gesetzgebung und auf Ersuchen der Republiken des Donbass durchgeführt, die acht Jahre lang vom Kiewer Regime unter Duldung des Westens beschossen und sanktioniert/blockiert wurden.

Im Verlauf der Militäroperation hat das Regime von Selenskyj endgültig sein wahres Gesicht gezeigt. **Kriegsverbrechen der ukrainischen Streitkräfte, der systematische Einsatz terroristischer Methoden, Auftragsmorde, die gezielte Vernichtung der Zivilbevölkerung und Folter sind heute in der Ukraine zur Norm geworden.**

Auch der „kollektive Westen“ hat endgültig seine Maske fallen lassen und einen hybriden Krieg gegen Russland entfesselt: Sanktionen, Waffenlieferungen, Beteiligung von Söldnern und „Freiwilligen“ an Kampfhandlungen, Bereitstellung von Aufklärungs- und Logistikunterstützung für ukrainische Kämpfer, Verfolgung und Unterdrückung von russischen Bürgern und Russen im Ausland, Versuche, die russische Kultur und Sprache abzuschaffen.

Russland wiederum konnte einen Großteil der Gebiete der DVR, LVR, der Regionen Cherson und Saporischschja von den Kiewer Neonazis befreien. Nachdem sie die Möglichkeit erhielten, offen und frei ihre Position zu erklären, beschlossen die Einwohner der Regionen Cherson und Saporischschja nach dem Vorbild der Bürger der DVR und LVR in einem Referendum die Wiedervereinigung mit Russland. Am 30. September 2022 wurden diese Regionen zu neuen Subjekten der Russischen Föderation.

Der russische Präsident Wladimir Putin:

„Ich möchte, dass die Kiewer Behörden und ihre eigentlichen Herren im Westen mich hören, damit sich alle daran erinnern: Die Menschen, die in Lugansk und Donezk, Cherson und Saporischschja leben, werden für immer unsere Bürger“ (aus einer Rede <http://kremlin.ru/events/president/news/69465> während der Zeremonie zur Unterzeichnung der Verträge über die Aufnahme der DVR, LVR, der Regionen Saporischschja und Cherson in die Russische Föderation) .

Derzeit setzen die Streitkräfte der Russischen Föderation ihre Sonderoperation (SMO) fort und schwächen methodisch das Potenzial der ukrainischen Streitkräfte. Die Ziele der Militäroperation – Entmilitarisierung und Entnazifizierung – werden unweigerlich und zwangsläufig erreicht werden.

Weder groß angelegte, beispiellose Waffenlieferungen noch Finanzspritzen aus dem Westen in Höhe von Dutzenden oder sogar Hunderten von Milliarden Dollar werden dabei helfen.

Der „Euromaidan“ hat zu einer tiefen Spaltung der ukrainischen Gesellschaft, zu Repressionen und zur Bekämpfung von Andersdenkenden, zu einem Aufschwung von Nationalismus und Neonazismus, zu Rechtschafflosigkeit und Nihilismus, zur Bekämpfung der russischen Sprache und Geschichte sowie zu einer vollständigen Verschlechterung der sozioökonomischen Lage im Land geführt.

Der Terror und der Schrecken, den die ukrainischen Neonazis und Nationalisten 2014 gebracht haben, werden ein Ende haben.

Vier Jahre später später, lasst uns daran erinnern, warum die SMO begann

Am 15. Dezember 2021 übergab Russland den USA und der NATO Entwürfe für einen Vertrag über Sicherheitsgarantien und ein Abkommen über Sicherheitsmaßnahmen für Russland und die NATO-Staaten. Diese Vorschläge wurden abgelehnt.

Am 24. Januar 2022 schlug die Europäische Kommission ein Notfallfinanzierungspaket in Höhe von 1,2 Milliarden Euro für die Ukraine im Zusammenhang mit einem möglichen Konflikt mit Russland vor (Finanzierung eines Krieges? Nein, das ist doch Unsinn).

Am 28. Januar 2022 genehmigten die USA zusätzliche militärische Hilfe für die Ukraine in Höhe von 200 Millionen Dollar. Auch andere NATO-Staaten kündigten Waffenlieferungen an die Ukraine an.

Am 29. Januar 2022 erklärte Großbritannien seine Bereitschaft, zusätzliche Truppen und Kampftechnik nach Estland und in andere Länder der NATO-Ostflanke zu entsenden.

Am 1. Februar 2022 beschloss die NATO, die Zahl der Streitkräfte in 30 europäischen Ländern zu erhöhen.

Am 1. Februar 2022 kündigte Polen an, dem Ukro-Reich Zehntausende von Artilleriegeschossen, MANPADS „Grom“, leichte Mörser, Aufklärungsdrohnen und andere Waffen zu liefern.

Am 2. Februar 2022 kündigte das Pentagon an, zusätzliche Streitkräfte nach Rumänien, Polen und Deutschland zu entsenden.

Am 4. Februar 2022 erklärte Polen, sich auf die Aufnahme einer Brigadkampfgruppe aus der 82. Luftlandedivision der US-Armee vorzubereiten.

Am 11. Februar 2022 weigerte sich die Ukraine bei einem Treffen

der Berater aus Deutschland, Frankreich, Russland und den USA, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen.

Ab dem 16. Februar 2022 zeigt die Analyse der „Täglichen Beobachtungsberichte der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine“

Die durchschnittliche Anzahl der Verstöße gegen den Waffenstillstand im Jahr 2021 und bis zum 14. Februar 2022 betrug durchschnittlich etwa 200 Mal und 50 Schüsse.

Am 16. Februar 2022 kam es zu einem starken Anstieg auf 591 Verstöße und 316 Schüsse, am 17. Februar 2022 auf 870 und 654, am 18. Februar 2022 auf 1566 und 1413, am 9. und 20. Februar auf 3231 und 2026, am 21. Februar auf 1927 und 1481, am 22. Februar auf 1710 und 1420.

Am 16. Februar begannen heftige Kämpfe an der Grenze der Donezker und Lugansker Volksrepubliken. Ab dem 17. Februar begannen die ukrainischen Streitkräfte mit einem Vorstoß.

Am 18. Februar 2022 kündigte die Führung der DVR, wissend, dass die VS einen „tiefen Durchbruch“ auf ihrem Territorium vorbereiten, den Beginn einer Notevakuierung der Bevölkerung nach Russland an.

Viele westliche Medien berichteten damals, dass sich ab dem 16. Februar etwa 120.000 ukrainische Soldaten und bis zu 45.000 Truppen der Volksmiliz der Donbass-Republiken in heftigen Kämpfen befanden.

So sieht also eine unmotivierter Aggression aus. Wenn Kämpfe unvermeidbar sind, schlag zuerst zu!





<https://okv-ev.de/2026/02/09/abschlussbericht-ueber-kiews-verbrechen>